

II— 397 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates

XIII. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 3. Feb. 1972No. 254/J

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. BROESIGKE und Genossen an den Herrn Bundesminister für Justiz,
betreffend die Tätigkeit der Vollstrecker bei Amtshandlungen in Konkursen.

Bei den Handels-, Landes- und Kreisgerichten werden ständig Vollstrecker bei Amtshandlungen in Konkursen eingesetzt. Vielfach bestehen dabei hinsichtlich des Einsatzes und der Vollzugsgebühren Unklarheiten, da diesbezüglich die Regelungen im Vollzug- und Wegegebührengesetz und im Dienstbuch für die Vollstrecker nur unzulänglich geregelt sind.

So müßte etwa im § 7 des Vollzugs- und Wegegebührengesetzes der Begriff des Masseverwalters und eine Bestimmung über die Ent- und Versiegelung in Konkursen aufgenommen werden. Ebenso wäre es notwendig, daß die Tätigkeit der Vollstrecker bei Amtshandlungen in Konkursen im Dienstbuch für die Vollstrecker geregelt wird.

Es ist dabei zu berücksichtigen, daß sich diese Vollstreckungshandlungen von den üblichen Exekutionshandlungen wesentlich unterscheiden, und zwar insofern, als es dem Vollstrecker nicht möglich ist, diese Amtshandlungen in einem "Rundgang" zu verbinden, da die Orte oft sehr weit voneinander entfernt liegen. Außerdem sind diese Amtshandlungen nicht so häufig wie die allgemeinen Exekutionshandlungen. Zu bemerken ist ferner, daß der Vollstreckungsbeamte dem Masseverwalter zur Unterstützung beigegeben ist. Diese Amtshandlungen nehmen oft sehr lange Zeit in Anspruch, da nicht übersehen werden darf, daß oft mühsam die Masse zu erfassen ist, da durch die Eröffnung des Konkursverfahrens oft keine Angestellten oder Arbeitskräfte mehr beschäftigt werden und der Gemeinschuldner infolge Konkurseröffnung am Betrieb nicht mehr interessiert ist, ja es oft sogar darauf

- 2 -

anlegt, Massenvorlägen zu verschleiern um es unter Umständen anderweitig zu verwerten. In der kalten Jahreszeit ist der Vollstreckungsbeamte besonderer Härte ausgesetzt, wenn er auf Lagerplätzen oder in ungeheizten Räumen seine Tätigkeit zu vollziehen hat. Daß eine Ent-und Versiegelung in Konkursen stattzufinden hat, liegt in der Materie der Sicherungsmaßnahmen in Konkursverfahren. Dazu hat das Oberlandesgericht in seinem Sprengel die Vollstreckungsbeamten mit Plomben und Plombenzangen ausgestattet und dadurch eindeutig bekundet, daß eine Ent-und Versiegelung stattzufinden hat. Bei den anderen Kreis-oder Landesgerichten wird auch teilweise mit Siegelack die Versiegelung durchgeführt. Die Vollzugsgebühren werden aus der Konkursmasse bezahlt und so wird der Bundesschatz zu keiner wie immer gearteten Zahlung herangezogen. Auch eine Partei kann nicht verpflichtet werden, die Vollzugsgebühren zu bezahlen, sodaß keine Belastung für eine Partei eintritt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Justiz die

A n f r a g e :

- 1.) Werden Sie einen Entwurf für eine Novelle zum Vollzugs- und Wegegebührengesetz ausarbeiten lassen, die sicherstellt, daß die Tätigkeit und die Gebühren der Vollstrecker bei Amtshandlungen in Konkursen in gesetzlich einwandfreier Weise und die Gebühren außerdem in angemessener Höhe geregelt werden?
- 2.) Werden Sie veranlassen, daß die Tätigkeit der Vollstrecker bei Amtshandlungen in Konkursen im Dienstbuch für die Vollstrecker verankert wird,² |